

MEIN WERDEGANG

| | |
|-----------|---|
| 1973 | geboren in der Kreisstadt Opladen |
| 1989 | Berufsausbildung zum Gas- und Wasserinstallateur |
| 1993-2014 | Gas- und Wasserinstallateur in verschiedenen Unternehmen in Leverkusen und Umgebung, in Verbindung mit zahlreichen Fort- und Weiterbildungen im Bereich Sanitär, Heizung und Klimatechnik |
| Seit 2008 | Mitglied im Gesellenprüfungsausschuss als Arbeitnehmer |
| 2014 | Gründung der Schumacher Erpenbach Fritsche GBR mit Sitz in Köln |
| Seit 2014 | Arbeitgeber bei der Innung SHK (Köln/Bergisches Land) |
| 2015 | Eintritt in die Alternative für Deutschland |
| 2018 | Umfirmierung in die Sanitär Erpenbach Fritsche GmbH mit Sitz in Leverkusen |
| Seit 2022 | Mitglied im Innungsvorstand Bergisches Land sowie im Regionalen Installateursausschuss Bergisches Land |
| 2025 | Oberbürgermeisterkandidat für die Alternative für Deutschland in Leverkusen |



UNSERE SPITZENKANDIDATEN FÜR DEN STADTRAT

- | | |
|---|---|
| 1 | Yannick Noé , Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Historiker |
| 2 | Andreas Keith , Landtagsabgeordneter |
| 3 | Regina Noé , Buchhalterin |
| 4 | Peter Morawietz , Dipl.-Bauingenieur |
| 5 | Patrick Liese , Rentner und ehemaliger Rettungssanitäter |
| 6 | Kevin Meister , Industriekaufmann & Fremdsprachenkorrespondent |
| 7 | Stephan Erpenbach , Unternehmer |

**ZEIT FÜR EINE ECHTE WENDE!
ZEIT FÜR LEVERKUSEN!
AM 14. SEPTEMBER AFD WÄHLEN!**

Sie möchten eine Spende für unseren Wahlkampf entrichten?

Empfänger: AfD Kreisverband Leverkusen
Bank: Sparkasse Leverkusen
Konto: 100104611
IBAN: DE 93 375 514 40 0100104611

Impressum:

AfD Leverkusen
c/o AfD NRW
Gladbecker 5
40472 Düsseldorf
V.i.S.d.P.: Yannick Noé

WWW.AFD-LEVERKUSEN.DE



Unsere Forderungen für Leverkusen

NEUSTART FÜR LEVERKUSEN

Themen und
Kandidaten für die
Kommunalwahl
2025

AfD

AfD

**Stephan
ERPENBACH**

Ihr Oberbürgermeisterkandidat

Liebe Leverkusener,

nach Jahren ideologisch geprägter Politik der Altparteien, die die Stadt in ein finanzielles Desaster führte, braucht Leverkusen einen Neustart.

Ich stehe für eine Politik mit gesundem Menschenverstand, klaren Wörtern und dem Mut, Dinge beim Namen zu nennen. Leverkusen braucht einen Neustart zu gestalten, statt zu verwalten. Hinsehen, zuhören und anpacken muss jetzt die Devise heißen. Als Inhaber eines Handwerksbetriebs sehe ich tagtäglich wie der Mittelstand mehr und mehr mit Bürokratie, steigenden Kosten und Planungsunsicherheit kämpfen hat. Dabei ist es genau dieser Mittelstand, der unser Land trägt – nicht von oben herab, sondern durch tägliche Arbeit. Diese Menschen will ich vertreten. Leverkusen braucht keine leeren Phrasen. Leverkusen braucht eine Stimme aus der Mitte, und zwar eine ehrliche Stimme.

Ich, Stephan Erpenbach, möchte diese ehrliche Stimme verkörpern.

UNSERE FORDERUNGEN FÜR LEVERKUSEN

1 RÜCKBESINNUNG AUF DIE WURZELN UNSERER STADT

Schon unser Namensgeber Carl Leverkus, der den Grundstein für das spätere Bayer-Werk legte, stand für Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn und soziale Verantwortung. An diesen Werten muss sich auch die heutige Kommunalpolitik wieder stärker orientieren.

2 WOHNEN MUSS WIEDER BEZAHLBAR WERDEN

Das sogenannte "Leverkusener Modell" lehnen wir ab, da es den Wohnraum für die Bevölkerung knapp hält und den Mietpreis nach oben treibt. Leerstand und Baulücken wollen wir als sozialen Wohnraum erschließen und nutzen. Für die geplante Umstrukturierung der City C in Wiesdorf, mit dem Schwerpunkt Wohnen, fordern wir absolute Priorität, ebenso wie für die Weiterentwicklung der neuen Bahnstadt in Opladen. Wir setzen uns für den Erhalt der historischen Baukultur ein und besinnen uns auf unser baukulturelles Erbe. Dringend benötigter Wohnungsneubau muss sich architektonisch und städtebaulich in den gewachsenen Bestand einfügen. Für Neubau-Wohnraumschaffung werden wir den Regelstandart „erleichtertes Bauen“ einführen, der in Schleswig-Holstein seit Jahren ein Erfolgsmodell ist. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B dürfen nicht weiter steigen! Wir treten für die Unzerstörbarkeit unser Naherholungsgebiete ein und werden u.a. versuchen den Bürgerbusch wieder zu dem zu machen, was ihn einmal auszeichnete.

3 BESSERE MOBILITÄT FÜR ALLE VERKEHRSTEILNEHMER

Leverkusen braucht eine Verbesserung der Mobilitäts situation aller Verkehrsteilnehmer. Wir unterstützen daher sowohl die Förderung des ÖPNV, gerade für Senioren, als auch die Instandhaltung und den weiteren Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes. Eine Umwidmung der gesunden Straßeninfrastruktur in Fahrradstraßen lehnen wir wegen Verschwendungen von Steuermitteln ab. Ebenso setzen wir uns für neue Verkehrsanbindungen und Umgehungsstraßen ein, um eine Entlastung der Vororte zu erreichen. Ideologiegesteuerte Einführungen von 30-Zonen, außer in Wohnbereichen und an Gefährdungsstellen, lehnen wir ab. Die Neugestaltung der B8 – Europaring - im Bereich Küppersteg ist vorrangig umzusetzen, Küppersteg darf nicht länger durch einen tiefen Graben getrennt bleiben. Die AfD hat sich klar gegen den geplanten Ausbau der A1 und A3 auf Leverkusener Stadtgebiet positioniert. Zur Erhaltung der Gesundheit unserer Bürger fordern wir, die A1 als Tunnellösung durch unser Stadtgebiet zu führen.

4 WIRKSAME FAMILIENFÖRDERUNG

Die traditionelle Familie ist das Herzstück jeder Gesellschaft. Sie ist die primäre Sozialisationsinstanz und soll es auch in Zukunft bleiben. Kindererziehung ist – grundgesetzlich verbrieft – Sache der Familie. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss aber möglich sein, wenn das der Wunsch der Eltern ist. Dem sollte die Kommunalpolitik mit folgenden Maßnahmen Rechnung tragen:

- Kostenfreie Kitas für Kinder ab 3 Jahren
- U3-Betreuung an die Bedürfnisse unserer Kleinkinder anpassen
- Wohnortnahe Kita-Platz-Vergabe an Berufstätige
- Flexible Ganztagsbetreuung für mehr gemeinsame Zeit mit den Kindern

5 IDEOLOGIEFREIE BILDUNGS- UND SCHULPOLITIK

Bildung muss frei von Ideologie sein. Die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des klassischen dreigliedrigen Schulsystems, der Erhalt der Förderschulen und die Bekämpfung von Gewaltbereitschaft in den Schulen sind unsere schulpolitischen Kernforderungen, damit unsere Kinder gemäß ihren individuellen Stärken und Schwächen in einem sicheren Umfeld bestmöglich betreut werden können. Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle freiwillige Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Die Frühsexualisierung unserer Kinder in Kitas und Schulen lehnen wir ab. Wir setzen uns für die Erhaltung der Jugend- und Bürgerhäuser in den Stadtteilen ein und fordern die Einrichtung eines ständigen Jugendbeirats.

6 SPORT IST DIE GRÖßTE BÜRGERBEWEGUNG

Sport fördert den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration und stärkt dadurch unsere Gesellschaft. Für die AfD sind die Förderung und der Ausbau des Breiten-, des Behinderten- und des Gesundheitssports deshalb genauso wichtig wie der Spitzensport. Wir stehen für die Förderung der Vereine und des Ehrenamts und sprechen uns für die Einführung einer Ehrenamtskarte aus.

7 SENIOREN FÜR IHRE LEBENSLEISTUNG ETWAS ZURÜCKGEBEN

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe der Senioren gewährleisten und Altersarmut und deren Auswirkungen auch communal bekämpfen. Wir möchten – z.B. über entsprechende kommunale Leistungsverträge mit Wohlfahrtsverbänden – das Aktivitäten-Angebot für Senioren fördern, ebenso wie entsprechende Vereinsaktivitäten. Wir wollen außerdem die Mobilität von Senioren stärken und treten für ein vergünstigtes Seniorenticket für den ÖPNV ein. In einem eigenen Seniorenbeirat sollten die Bedürfnisse unserer älteren Mitbürger klarer kommuniziert werden.

8 VERNUNFTBASIERTE UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Die Alternative für Deutschland ist eine wertkonservative Partei. Wir vereinigen die Interessen von Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz, Ernährung und Verbraucherschutz auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Umwelt- und Energiepolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen - und für die Menschen bezahlbar bleiben. Daher fordern wir:

- Keine Windenergieanlagen auf Leverkusener Stadtgebiet
- Kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften
- Nur wirtschaftliche energetische Sanierungen von öffentlichen Gebäuden
- Keine Förderung für Dach- und Fassadenbegrünung
- Abschaffung der Grün-Satzung
- Städtische Waldflächen als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor erhalten
- Regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern

9 AUSBAU KOMMUNALER SICHERHEITSMÄßNAHMEN

Wir müssen die Sicherheit in Leverkusen durch die systematische Erfassung und Analyse sogenannter Angsträume stärken. Zusätzlich brauchen wir ein stadtweites Konzept zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum und eine härtere Bekämpfung der hauptsächlich "importierten" Messerkriminalität. Die Kriminalität durch Ausländer und Asylbewerber ist ohne ideologische Scheuklappen offen anzusprechen. Zur Gefahren- und Terrorabwehr auf kommunaler Ebene ist eine Stärkung der Zusammenarbeit aller kommunalen Behörden mit der Polizei geboten. Der Kommunale Ordnungsdienst muss dafür weiter ausgebaut werden. Sonderkontrollen sind besonders in den Abend- und Nachtstunden in Angsträumen und zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung abseits von Knöllchen- und Blitzerabzocke durchzuführen. Die Sauberkeit in der Stadt muss weiter verbessert werden durch die Erfassung und Beseitigung von Vermüllungsschwerpunkten, die Einführung einer digitalen Mängelmelder-App und Sauberkeitspatenschaften.

10 MIGRATION- UND AUSLÄNDERPOLITIK NACH RECHT UND GESETZ

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch kommunale Ausländerbehörden. Die verbreitete Abschiebeverweigerung durch Ausländerbehörden ist zu beenden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bis zu ihrer Abschiebung zentral unterzubringen und gemäß Asylbewerberleistungsgesetz mit Sach- statt Geldleistungen zu versorgen. Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration Leverkusens als „sicherer Hafen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Und die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

11 PARTEIBUCHWIRTSCHAFT UND STEUERGELDVERSCHWENDUNG STOPPEN

Wir setzen uns für eine effiziente, digitalisierte und bürgerfreundliche Verwaltung ein. Die Verschwendungen von Steuergeldern für frägige Prestigeobjekte gilt es künftig zu verhindern. Kommunale Spitzenpositionen müssen nach Fachkompetenz und nicht mehr nach Parteibuch besetzt werden. Daher ist es wichtig, auf allen städtischen Ebenen mehr Transparenz und Kontrolle zu erreichen.

12 DER ISLAM GEHÖRT NICHT ZULEVERKUSEN

Die AfD steht zwar für das Recht auf frei Religionsausübung ein, weist aber zugleich auf die Grenzen dieser Freiheit hin, falls sie mit den Grundrechten anderer kollidiert. Religionsausübung finden dort ihr Ende, wo diese freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet oder die Rechte anderer Menschen verletzt werden. Oder anders ausgedrückt: das Grundgesetz steht über der Sharia! Zudem stellen wir fest: Auch wenn tausende Muslime zwiefellos zur Leverkusener Stadtgesellschaft gehören, ist der Islam aber nicht Bestandteil unserer gewachsenen Kultur und tradierten Werte. Der Islam gehört eben nicht zu Deutschland und darf die Grundlagen unseres Zusammenlebens nicht beeinflussen. Auf kommunaler Ebene fordern wir daher:

- Zurückweisung eines politisch verstandenen Islams in der Öffentlichkeit
- Keine islamischen Sonderrechte in Schulen und Kitas
- Keine protzigen Minarette und öffentlicher Meezinziruf als Symbole der islamischen Landnahme
- Islamische Vereine und Moscheegemeinden genau im Blick behalten
- Islamistische Hotspots möglichst schon präventiv verhindern

13 FINANZIERBARE HAUSHALTSPOLITIK

Leverkusen hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Durch die ideologiesteuerte Politik der Altparteien in den letzten Jahren ist Leverkusen in ein gravierendes Haushaltsschiffgefallen, dass sich in den kommenden Jahren noch weiter vergrößern wird. Wir stehen für eine ideologiefreie Haushaltspolitik mit Beinen auf der Erde und werden keine Wolkensäcke heime finanzieren. Mit einer effektiven Finanzkontrolle und einer besseren Wirtschaftsförderung werden wir unsere Stadt wieder zu dem machen, was sie lange Jahre war: zu einer starken und lebenswerten Industriestadt!